

Stefan Hügel

## Ereignis-Log 2/09

Wir dokumentieren hier Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Die – notwendig unvollständige – Aufzählung einiger besonders bedeutsamer Ereignisse will auf eine Entwicklung hinweisen, die zur Besorgnis Anlass gibt.

### Februar 2009

**6. Februar 2009:** Nach einer Solidaritatskundgebung für die Menschen im Gazastreifen wurde in Ägypten ein deutsch-ägyptischer Blogger vom ägyptischen Inlandsgeheimdienst verhaftet. Anschließend wurde seine Wohnung und die Wohnung seiner Eltern durchsucht (Quelle: netzpolitik.org, Frankfurter Rundschau).

**8. Februar 2009:** Großbritannien will im Rahmen des Programms e-borders eine Datenbank aufbauen, in der alle Ein- und Ausreisen erfasst und für 10 Jahre gespeichert werden. Geplant ist die Speicherung von Namen, Adressen, Telefonnummern, Reservierungen, Reiserouten und Kreditkarteninformationen (Quelle: Heise).

**10. Februar 2009:** Nach Plänen der großen Koalition sollen künftig alle Personen, die ausländische Besucher einladen oder für sie bürgen, in einer „Visa-Einlader und Warndatei“ erfasst werden. Darauf sollen die deutschen Auslandsvertretungen, Polizei, Zoll und Bundesnachrichtendienst Zugriff erhalten, außerdem auch Arbeitsagenturen und Sozialämter (Quelle: Frankfurter Rundschau).

**11. Februar 2009:** Aktivisten haben die Web-Seite von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble gehackt. Sie nutzten dabei eine Lücke im Content-Management-System Typo3, die offenbar auf der Seite noch nicht beseitigt worden war (Quelle: Heise).

**16. Februar 2009:** Die Anzahl der Überwachungskameras in Frankreich soll nach Plänen der Innenministerin Alliot-Marie von 20.000 auf 60.000 verdreifacht werden. Videoüberwachung ist Schwerpunkt eines Programms, durch das in den nächsten fünf Jahren 555 Millionen Euro in die Entwicklung neuer Techniken zur Verbesserung der inneren Sicherheit investiert werden sollen (Quelle: Heise).

**16. Februar 2009:** Bei einem Spitzengesprach zum Datenschutz sind Bundesregierung und Spitzenvertreter aus Industrie und Gewerkschaft übereingekommen, vor der Bundestagswahl keine Neuregelung des Arbeitnehmer-Datenschutzes vorzunehmen (Quelle: Heise).

**20. Februar 2009:** Alle Schülerinnen und Schüler Berlins sollen künftig in einer zentralen Datei erfasst werden, die neben Name,

Geburtsdatum und -ort, Geschlecht und Anschrift auch Informationen über speziellen Förderbedarf und eine Befreiung vom Eigenanteil für Lernmittel enthalten soll. Die zentrale Schulerdatei wurde mit der Mehrheit der Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei gemeinsam mit der CDU verabschiedet. Grüne und FDP stimmten gegen das Gesetz (Quelle: Heise).

**20. Februar 2009:** Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag will die Altersgrenze für die Speicherung personenbezogener Daten absenken. Statt bisher ab 16 Jahren soll die Speicherung künftig ab 14 oder sogar 12 Jahren erfolgen. Der Innenpolitische Sprecher, Uhl, begründet die Ausweitung mit der Möglichkeit der besseren Überwachung terrorverdachtiger Minderjähriger (Quelle: Heise, Berliner Zeitung).

**26. Februar 2006:** Das für die Reaktorsicherheit zuständige Sozialministerium in Kiel hat Audioaufzeichnungen im Leitstand des Atomkraftwerks Krümmel angeordnet, um bei Störfällen die Geschehnisse besser nachvollziehen zu können (Quelle: NDR).

**27. Februar 2009:** Das Bundesverfassungsgericht hat die Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern wegen schwerer Bedenken teilweise außer Kraft gesetzt. Bis über eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz entschieden ist, verbietet das Gericht unter anderem, dass Behörden sofort Bußgelder verhängen dürfen, wenn Organisatoren oder Demonstranten gegen Auflagen verstoßen. Dies könnte aus Sicht der Richter die Bürger einschüchtern und die Versammlungsfreiheit beeinträchtigen. Die Polizei darf vorläufig auch keine Demonstranten uneingeschränkt filmen, fotografieren und dieses Material dann speichern (Quelle: BR).

**28. Februar 2009:** Nach Plänen der französischen Kulturministerin Albanel sollen öffentliche Hotspots massiv reguliert werden. Zugänglich sollen nur noch Angebote sein, die auf einer Positivliste enthalten sind. Ziel dieser Beschränkung ist der Kampf gegen Urheberrechtsverletzungen durch File-Sharing (Quelle: Heise).

### März 2009

**3. März 2009:** Das Bundesverfassungsgericht hat den Einsatz von Wahlmaschinen bei der Bundestagswahl 2005 für verfas-

sungswidrig erklärt. Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl sei verletzt gewesen, da die Wählerinnen und Wähler abgegebene Stimmen und Auszählung nicht hätten kontrollieren können (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**7. März 2009:** Durch den Bundesnachrichtendienst (BND) wurden offenbar in großem Umfang Daten durch Online-Durchsuchungen abgefangen. Gesprochen wird von mindestens 2.500 Fällen, in denen Festplatteninhalte kopiert und Tastatureingaben durch Keylogger mitgeschnitten worden seien. Der frühere Bundesinnenminister Baum wirft dem BND Rechtsbruch vor und erklärte angesichts der anderslautenden Beteuerungen in monatelangen Gesprächen, er fühle sich von der Bundesregierung „belogen und getäuscht“ (Quelle: Heise, Spiegel).

**11. März 2009:** Bundesinnenminister Schäuble hat laut einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) das Bundesverfassungsgericht kritisiert. Es greife zu stark in die Gesetzgebung ein. Als Beispiel nannte Schäuble die einstweilige Anordnung zur Vorratsdatenspeicherung und zur Volkszählung in den 80er Jahren (Quelle: Heise, FAZ).

**18. März 2009:** Im Land Berlin wurden 2008 ca. 1,1 Millionen Telefonate von 1052 Telefonanschlüssen überwacht (Quelle: Heise).

**21. März 2009:** Das Bundesinnenministerium hat jetzt die Überwachung von Verbindungsdaten auf der Web-Seite des Bundeskriminalamts (BKA) gestoppt, da es sich dabei um einen Verstoß gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Nutzer handele. Die Überwachung von Nutzern einer Seite war bereits 2007 gerichtlich verboten worden (Quelle: Heise, Spiegel).

**21. März 2009:** Die Bundesregierung will die Online-Durchsuchung auch für die Aufklärung schwerer Straftaten einsetzen. Dies war zuvor auch schon von Generalbundesanwältin Harms gefordert worden (Quelle: Heise).

**25. März 2009:** In Großbritannien sollen nach dem Willen des Innenministeriums soziale Netzwerke stärker überwacht werden. Das erklärte der für Überwachung und Sicherheit verantwortliche Staatssekretär Coaker (Quelle: Heise, The Independent).

**27. März 2009:** Nach Erkenntnissen der mit der Aufklärung des Bahn-Datenskandals beauftragten Sonderermittler hat die Deutsche Bahn AG die E-Mails ihrer Mitarbeiter gezielt nach Kontakten zu Journalisten durchforstet. Dabei sollen jahrelang ca. 150.000 E-Mails pro Tag gefiltert worden sein (Quelle: Heise, Süddeutsche Zeitung).

**27. März 2009:** Das Bundeskriminalamt (BKA) hat versucht, Mitglieder und Sympathisanten der „militanten gruppe“ (mg) auf ihre Web-Seite zu locken und dadurch zu identifizieren. Zu diesem Zweck hat das BKA Texte verfasst, die eine entsprechende Reaktion der mg provozieren sollten (Quelle: Heise).

**28. März 2009:** Kabel Deutschland hat hunderttausende von Kundendatensätzen an Callcenter übermittelt, die nun illegal in Deutschland und im Ausland kursieren. Die Übermittlung erfolgte im Rahmen der Kundenakquise, bei der alle 9,1 Millionen Kunden angerufen werden sollten (Quelle: netzpolitik.org, Wirtschaftswoche).

**30. März 2009:** Das Landgericht Karlsruhe hat die Durchsuchung bei einem Blog-Betreiber, der indirekt auf die dänische Sperrliste für kinderpornographische Angebote verlinkt hatte, für rechtmäßig erklärt. Er hatte auf einen anderen Blog verlinkt, der wiederum einen Link auf Wikileaks gesetzt hatte. Von dort war die Sperrliste abrufbar. In dem Beschluss heißt es unter anderem, dass aufgrund der netzartigen Struktur des World Wide Web „jeder einzelne Link (...) kausal für die Verbreitung krimineller Inhalte (sei), auch wenn diese erst über eine Kette von Links anderer Anbieter erreichbar sind.“ (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

**30. März 2009:** Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Hartmut Mehdorn, ist nach immer neuen Vorwürfen im Zusammenhang mit der Spitzelaffäre zurückgetreten. Zuletzt wurde unter anderem berichtet, dass E-Mails der Lokführer-Gewerkschaft GDL, von Bundestagsabgeordneten und Verkehrsexperten überwacht wurden. Während des Lokführerstreiks wurden E-Mails der GDL mit Streikinformatoren gelöscht. Bei einer Aktion im Jahr 2005 wurden ca. 320.000 Kundendatensätze und 190.000 Mitarbeiterdatensätze überprüft (Quelle: Frankfurter Rundschau, Spiegel).

## April 2009

**2. April 2009:** Bei Protesten gegen den G20-Gipfel in London kommt der 47jährige Ian Tomlinson ums Leben. Nachdem zunächst ein Herzinfarkt als Todesursache angegeben worden war, taucht danach ein Video auf, das Übergriffe der Polizei gegen Tomlinson zeigt, der dann – Obduktionsergebnissen zufolge – an inneren Blutungen gestorben sei. Später werden weitere Hinweise öffentlich, nach denen Polizisten brutal gegen weitere Demonstranten vorgegangen sind und dabei teilweise ihre Erkennungsmarken verborgen haben (Quelle: Guardian, Zeit, Spiegel).

**2. April 2009:** Das BKA hat eingeräumt, Datenbestände der Deutschen Telekom zur Suche nach Terroristen genutzt zu ha-



**Stefan Hügel** ist stellvertretender Vorsitzender des FIFF. Er arbeitet als IT-Berater und lebt in München.

**Stefan Hügel**

ben. Es seien Daten aus verschiedenen Bereichen aus Gründen der Gefahrenabwehr erhoben worden. Dabei sei auch die Telekom abgefragt worden, ausgewählte Daten von Mitarbeitern zu übermitteln. Einen massenhaften Abgleich vertraulicher Kundendaten habe es jedoch nicht gegeben. Anzahl der betroffenen Mitarbeiter, Suchkriterien und Rechtsgrundlage der Fahndung sind unklar (Quelle: Frankfurter Rundschau, netzpolitik.org).

**2. April 2009:** Der Flugzeughersteller Airbus hat die Kontendaten seiner zu diesem Zeitpunkt 22.000 Beschäftigten mit denen von Zulieferern abgeglichen. Mitarbeiter und Betriebsrat waren nicht informiert. Der Konzern begründet den Datenabgleich mit Korruptionsbekämpfung (Quelle: Heise).

**4. April 2009:** Durch einen Zufallsfund in einer Mülltonne wird bekannt, dass die Einzelhandelskette Lidl firmeninterne Unterlagen zu den Krankheiten ihrer Mitarbeiter geführt hat. Datenschützer, wie der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar, und Gewerkschaften kritisieren das Vorgehen. Lidl war bereits im vergangenen Jahr wegen Bespitzelung seiner Mitarbeiter in die Schlagzeilen geraten. Einige Tage später trennt sich Lidl im Zusammenhang mit den neuerlichen Funden von seinem Deutschland-Chef (Quelle: Heise, Spiegel).

**10. April 2009:** Die Abfrage von Kontostammdaten durch deutsche Finanzämter nimmt zu. Im Jahr 2008 hat sich die Zahl der Abrufe nach Informationen von Focus um ca. 15% auf 31.510 erhöht (Quelle: Heise, Focus).

**12. April 2009:** Wegen einer Panne bei der Bedienung von Wahlmaschinen, die zum Verlust von Stimmen geführt hat, hat das finnische Oberverwaltungsgericht in den drei davon betroffenen Wahlbezirken Neuwahlen angeordnet (Quelle: Heise).

**17. April 2009:** Fünf Internet-Provider in Deutschland – Deutsche Telekom, Vodafone/Arcor, Hansenet/Alice, Telefonica/O2 und Kabel Deutschland – haben Verträge über die Sperrung von Internet-Seiten mit dem Bundeskriminalamt abgeschlossen. Der Chaos Computer Club fordert Kunden auf, gegen die Sperrung zu klagen (Quelle: Heise).

**22. April 2009:** Das Bundeskabinett verabschiedet den Gesetzentwurf zur „Bekämpfung von Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“ (Quelle: Telepolis, Heise, Spiegel).

**23. April 2009:** Gegen die Novelle des Gesetzes für das Bundeskriminalamt („BKA-Gesetz“) soll Verfassungsbeschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde, die u.a. von Gerhart Baum und Michael Naumann unterstützt wird, wurde durch den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) vorgestellt. Das neue Gesetz räumt dem BKA umfassende neue Befugnisse ein, die mit der Bekämpfung des Terrorismus begründet werden. Bundesdatenschutzbeauftragter Schaar hatte bereits zuvor erklärt, dass er eine Eingrenzung des Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht erwarte (Quelle: Heise).

## Mai 2009

**8. Mai 2009:** Eine Online-Petition gegen Internetsperren hat bereits innerhalb von vier Tagen über 50.000 Unterstützer gefunden. Dies ist die Mindestzahl, bei der sich der Petitionsausschuss

„im Regelfall“ öffentlich mit der Petition beschäftigen muss. In der Petition heißt es unter anderem: „Wir halten das geplante Vorgehen, Internetseiten vom BKA indizieren und von den Providern sperren zu lassen, für undurchsichtig und unkontrollierbar, da die ‚Sperrlisten‘ weder einsehbar sind noch genau festgelegt ist, nach welchen Kriterien Webseiten auf die Liste gesetzt werden. Wir sehen darin eine Gefährdung des Grundrechtes auf Informationsfreiheit.“ Die Pläne der Regierung seien zudem ungeeignet, den Missbrauch von Kindern zu verhindern. Im weiteren Verlauf erhöht sich die Zahl der Unterstützer auf über 100.000 (Quelle: Heise, netzpolitik.org).

**12. Mai 2009:** Im dritten Anlauf hat die französische Nationalversammlung das Gesetz zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen verabschiedet. Das Gesetz sieht dabei unter anderem Zugangssperren für Nutzer vor. Durchsetzen soll das Gesetz die neu geschaffene Behörde HADOPI (Haute Autorité pour la Diffusion des Oeuvres et la Protection des Droits sur l'Internet). Bürgerrechtsorganisationen wie La Quadrature du Net kritisieren das Gesetz und hoffen nun auf das französische Verfassungsgericht (Quelle: Heise).

**16. Mai 2009:** US-Präsident Barack Obama will an den durch seinen Vorgänger George W. Bush eingerichteten Militärtribunalen für Terrorverdächtige in Guantanamo festhalten. Es sei der beste Weg, das Land zu schützen und seine Werte hochzuhalten, erklärte Obama. Es sollen einige Prozessrichtlinien zugunsten der Gefangenen geändert werden. Das Festhalten an den Tribunalen wird von Menschenrechtsgruppen scharf kritisiert; Amnesty International wirft dem US-Präsidenten den Bruch eines seiner zentralen Wahlversprechen vor (Quelle: Spiegel).

**17. Mai 2009:** Im Rahmen des Datenskandals bei der Deutschen Bahn wird bekannt, dass offenbar auch im Auftrag der Gewerkschaft Transnet überprüft wurde, ob deren Mitglieder Beiträge in satzungsgemäßer Höhe abgeführt haben. Die Überprüfungen, die von der Gewerkschaft eingeräumt wurden, fanden bereits in den Jahren 1994 und 1998 statt (Quelle: Heise).

**20. Mai 2009:** Die Deutsche Telekom hat neben Telefondaten und Bankkonten angeblich auch das Sexualleben von Bewerbern ausforschen lassen. Ein ehemaliger Sicherheitsberater der Telekom bezeichnete Personalscreenings inklusive Ausleuchtung des Intimlebens in bestimmten Ländern als absolut üblich. Die Telekom versichert, dass sie keine derartigen Analysen anfertigen lasse (Quelle: Handelsblatt).

**23. Mai 2009:** Auf Betreiben des Bundesinnenministeriums wurde eine Domain gesperrt, auf der der Internet-Auftritt des Innenministeriums in satirischer Weise nachempfunden war. Gleichzeitig wurde durch den Provider der Vertrag gekündigt. Die Web-Seite hatte sich mit Themen wie Überwachung und Internetsperren auseinandergesetzt. Der Provider begründete die Abschaltung mit einer schweren Vertragsverletzung, die die unzulässige Verwendung von Bundesabzeichen darstelle (Quelle: Heise).

**26. Mai 2009:** Wie aus Unternehmenskreisen verlautet, wurden bei der Deutschen Bank Nachforschungen über das Umfeld einzelner Mitarbeiter angestellt. Betroffen seien auch Vorstandsmitglieder (Quelle: Heise).

**28. Mai 2009:** Der Bundestag hat mit den Stimmen der großen Koalition neue Straftatbestände im Staatsschutzrecht beschlossen. Mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren ist danach nun bedroht, wer Bombenbauanleitungen über das Internet verbreitet oder vorsätzlich ein Terrorcamp besucht. Der rechtspolitische

Sprecher der Grünen, Jerzy Montag, erklärte, dass die Vorbereitung einer Vorbereitung einer Straftat unter Strafe gestellt werden solle, sei „Ausdruck einer Sicherheitsphobie“, die keine Grenzen kenne (Quelle: Heise).

*erschienen in der FIfF-Kommunikation,  
herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fiff.de](http://www.fiff.de)*